

Rede
des Generalsekretärs der FDP,
Christian Lindner, MdL,
anlässlich des 59. Ordentlichen
Landesparteitags der FDP-NRW am 29. April
2006

Die beiden Volkparteien haben Beratungen über ihre Grundsatzprogramme aufgenommen. Wie es scheint, steht uns eine Auseinandersetzung über die Deutungshoheit des Freiheitsbegriffs bevor.

I.

Die Bundeskanzlerin will "**mehr Freiheit wagen**":

- Sie will mehr Freiheit wagen, indem sie das bürokratische, noch von Rot-Grün geforderte Antidiskriminierungsgesetz doch noch ins Gesetzblatt bringt.
- Sie hält es für freiheitliche Politik, in einem Land einer der höchsten Steuer- und Abgabenquoten die Belastung weiter zu erhöhen.
- Ihre Partei hat Sympathie dafür, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen.
- Sie versteht unter Freiheit, Familien vorzugeben, wie die Arbeitsteilung der Eltern aussehen soll.

Frau Merkel will mehr Freiheit wagen. Wenn Sie das unter Freiheit versteht, dann ist das in der Tat ein Wagnis.

Bemerkenswerterweise hat kürzlich auch der Generalsekretär der SPD hat den Freiheitsbegriff für seine Partei reklamiert:

- Unter Freiheit versteht die SPD die Vorgabe von Mindestlöhnen.
- Darunter versteht diese Partei die Einführung einer "Reichensteuer", die auch den gewerblichen Mittelstand weiter belasten soll.
- Er denkt dabei an die Ausdehnung des öffentlichen Sektors.
- Er verteidigt den völlig verregelt und verriesterten Arbeitsmarkt, der Menschen ohne Arbeit von Chancen aussperrt.

Der Bundesvorsitzende der CDA, Karl-Josef Laumann, hat diese Haltung, die in der Politik beider großer Parteien zum Ausdruck kommt, unlängst in einen Satz zusammengefasst. Er sagt: "In Deutschland gibt es einen unmöglichen Liberalismus."

Ich lebe in einem Land, in dem 85.000 Gesetze jeden Lebensbereich durchregeln, in dem der Staat die Hälfte der Wirtschaftsleistung für sich beansprucht.

Wenn es in Deutschland einen unmöglichen Liberalismus gibt, dann lebt Herr Laumann in einem anderen Deutschland.

Denn Deutschlands Problem ist nicht, dass wir zu wenig Staat und zu viel Freiheit haben. Deutschlands Problem ist, dass wir zu viel Staat und zu wenig Freiheit haben.

Manche werfen uns vor, wir seien wegen dieser Haltung "marktradikal". In Wahrheit ist es unsere Überzeugung, dass Wohlstand, Stabilität und Chancen nur auf der Basis einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung möglich sind.

Das ist keine Ideologie, sondern das Einsehen in die menschliche Natur. Denn Wissen, Kreativität, Solidarität sind nicht an einer Stelle in der Gesellschaft vorhanden, sondern in der Gesellschaft verstreut.

Eine Staatskanzlei, ein Bundeskanzleramt, ein Parlament kann nie so innovativ und so kreativ sein wie die Gesellschaft insgesamt.

Wenn der Staat alles regeln will, wenn er sich in die Wirtschaft einmengt, dann weisen wir diese Anmaßung im Vertrauen auf die Menschen zurück.

Mit dieser Haltung stehen wir in der politischen Landschaft nahezu allein.

Unsere Gegner sagen: Ihr wollt den schwachen Staat.

In Wahrheit wollen die Freien Demokraten aber nicht den schwachen Staat, sondern die starke Gesellschaft. Das ist unsere Mission.

II.

Freiheit hat für uns aber noch eine andere Dimension. Der Landesvorsitzende hat – unter Anknüpfung an Ralf Dahrendorf – vorhin darauf hingewiesen:

Freiheit lässt sich daran messen, welche Optionen, welche Lebenschancen sie haben.

Unsere Gesellschaft hat ihren Mitgliedern ein großes Versprechen gegeben. Das Versprechen, dass jeder alles werden kann, wenn er oder sie über Talent und Fleiß verfügt.

Welche Chancen haben aber die 20 Prozent der Schüler in NRW, die zur PISA-Risikogruppe zählen?
Welche Chancen haben die 40 Prozent der türkischen Schüler in Köln, die über kleinerlei Schul- oder Berufsabschluss verfügen?

Diese jungen Menschen, diese Benachteiligten sind die Opfer roter und rot-grüner Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Es waren Sozialdemokraten und Grüne, die das große Versprechen der Chancengerechtigkeit gebrochen haben.

Es ist keine soziale Politik, durch Umverteilungspolitik Menschen fürsorglich in anonymen Sozialsystemen zu parken.

Aber durch Bildung dafür zu sorgen, dass Menschen die Garantien des Sozialstaats nicht in Anspruch nehmen müssen, das ist dagegen die soziale Dimension des Liberalismus.

Jungen Menschen Lebenschancen zu eröffnen, auch das gehört zur Mission der Freien Demokratischen Partei.

III.

Die sozialdemokratische Bildungspolitik ist an einer Lebenslüge gescheitert.

Diese Lebenslüge war, dass Benachteiligten geholfen ist, wenn man die Leistungsanforderungen so weit zurücknimmt, das sie ohne Anstrengung, ohne Einsatz erfüllen werden können.

Wir Liberale wissen dagegen: Man stärkt die Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt. Anders gewendet: Wer fördern will, muss auch fordern wollen.

Diese Förderung muss bereits vor der Einschulung beginnen, will sie erfolgreich sein.

- Deshalb entwickelt die Koalition der Erneuerung die Kindergärten zu Familienzentren weiter.
- Deshalb verstärken wir die sozialarbeiterische Jugendarbeit an sozialen Brennpunkten.
- Deshalb werden Schüler wieder im Unterricht gefördert, statt wegen Unterrichtsausfalls sich selbst überlassen zu werden.
- Deshalb stellt die Koalition in diesem Jahr 250 Mio. Euro mehr für Schule und Jugendhilfe bereit als Rot-Grün im Vorjahr.

Das ist der Prioritätenwechsel, für den wir im Landtagswahlkampf gestritten haben. Er ist erreicht. Dank der Freien Demokraten.

IV.

Die FDP ist von den fünf im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die einzige politische Kraft, die den vom Bundespräsidenten im April 2005 unter der Überschrift "Arbeit hat Vorfahrt" angemahnten Kurs der wirtschaftlichen Vernunft und ordnungspolitischen Erneuerung Deutschlands verfolgt.

Die Liberalen sind die einzige politische Vertretung der Reformoptimisten.

Sie stehen damit allein in der Verantwortung, den Wählern ein alternatives Politikangebot zu unterbreiten und für die gesamtgesellschaftlich erforderlichen, heute aber noch als "marktradikal" dämonisierten Veränderungsprozesse zu werben:

- ein einfaches, niedriges, gerechtes Steuersystem,
- die Haushaltskonsolidierung durch die Begrenzung der Staatsausgaben statt der Ausweitung der Staatseinnahmen,
- die Deregulierung des Arbeitsmarktes,
- die Neugründung der Sozialversicherungssysteme, die Investition in Bildung und Innovation.

In Nordrhein-Westfalen stellen die Reformoptimisten die Regierung. Damit ist Schwarz-Gelb im größten Bundesland das Gegenmodell zu Schwarz-Rot im Bund.

Wir werden unser neues Gewicht und unsere verbreiterte Basis für das Ziel einsetzen, den überfälligen Politikwechsel in Berlin von Nordrhein-Westfalen aus zu forcieren:

- Wir werden als ordnungspolitischer Kompass der Koalition der Erneuerung Richtung und Tempo der Reformen in Nordrhein-Westfalen weiter aufrechterhalten.
- Wir laden im Rahmen einer Kampagne zur Mitgliederwerbung alle Reformoptimisten zur Mitwirkung und Mitgestaltung in der FDP ein.
- Wir streben die Neuauflage des erfolgreich absolvierten Dreisprungs an: Bei der Europa-, der Kommunal-, der Bundestags- und der Landtagswahl wollen wir weiter wachsen, um den Politikwechsel nach nordrhein-westfälischem Vorbild auch für den Bund zu garantieren.

Für diese Herausforderungen ist die FDP personell, programmatisch und organisatorisch gerüstet. Trotzdem haben wir den Ehrgeiz, unsere Möglichkeiten noch weiter zu optimieren.

Dazu stellen wir uns fünf Handlungsfeldern:

Netzwerkpartei: Das Internet eröffnet Parteien neue Chancen, die politische Arbeit in den Parteigremien durch eine Vernetzung der Mitglieder im Internet zu ergänzen. Damit werden ihnen neue Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet.

Dialogpartei: Die FDP ist die dritte politische Kraft in Nordrhein-Westfalen. Unseren Anspruch als eigenständige, liberale Gestaltungspartei wollen wir in der gesellschaftlichen Wahrnehmung stärker verankern. Wir werden die nächsten Jahre deshalb auch ohne den Blick auf Wahltermine für den Dialog mit den Menschen in unserem Land nutzen, um für unsere liberalen Überzeugungen zu werben.

Mitgliederpartei: Der Erfolg der FDP basiert auf dem Engagement und der Kreativität der zahlreichen, ehrenamtlich tätigen Mitglieder. Die Gewinnung neuer sowie die Pflege und Aktivierung der bereits gewonnenen Mitglieder ist für die FDP deshalb nicht nur eine demokratische Verpflichtung, sondern aktive Arbeit am politischen Gesamterfolg.

Dienstleistungspartei: Ehrenamtliches Engagement ist kostbar. Die der Partei von Mitgliedern gespendete Zeit muss deshalb effektiv eingesetzt werden. Die FDP-NRW will dazu alle Möglichkeiten nutzen, um die Parteiarbeit einfacher, transparenter und unbürokratischer zu gestalten.

Kommunalpartei: Die kommunale Basis ist für den Landesverband ein strategischer Erfolgsfaktor. Die Beteiligung an der Kommunalpolitik professionalisiert die politische Arbeit vor Ort, trägt zur personellen Stabilisierung der örtlichen Parteigliederungen bei und eröffnet Plattformen zur Kommunikation auch landes- und bundespolitischer Themen. Die nächste Kommunalwahl wird zudem wieder ein wichtiger Stimmungstest für die Landtagswahl 2010 sein. Deshalb ist die Kommunalwahl auch eine Herausforderung für die Landespartei.

In diesen Handlungsfeldern wollen wir die Grundlage dafür legen, unsere Substanz in NRW zu verbreitern und hier aus den Politikwechsel auch im Bund zu erkämpfen. Mit ihrer Unterstützung wird uns das gelingen.